

Die Ratssitzung am 11. Juni 2017



Rat im Rückblick 30. Sitzung des Rates

Bevor es für alle in die Sommerpause ging, mussten Ratsmitglieder, Dezernenten und Oberbürgermeisterin eine über acht Stunden andauernde 30. Ratssitzung in dieser Wahlperiode bewältigen. Die Sitzung startete mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2018 durch Oberbürgermeisterin Reker und Stadtkämmerin Klug. Teils nach heftigen Kontroversen zwischen dem schwarz-grünen Minderheitsbündnis und der SPD traf der Rat wichtige Entscheidungen zur Förderung der E-Mobilität, zur Stärkung der Bezirksvertretungen, zur Verlagerung des Großmarkts, zum Bau eines neuen Frauenhauses, zu verbesserten Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten und nicht zuletzt zur Weiterplanung der Kulturbauten, nämlich der MiQua, der Sanierung des Römisch-Germanischen Museums und der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums. Im Ergebnis war das schwarz-grüne Minderheitsbündnis auch in dieser Ratssitzung erfolgreich und konnte Mehrheiten für seine Zielsetzungen erreichen.

Die wichtigsten Themen und Entscheidungen im Überblick:

Haushaltsentwurf 2018 eingebracht



Erstmals seit dem Haushalt 2012, dessen Entwurf im Oktober 2011 in den Rat eingebracht wurde, legten nun Oberbürgermeisterin Reker und Stadtkämmerin Klug den [Hpl-Entwurf 2018](#) so fristgerecht dem Rat vor, dass er noch rechtzeitig vor 2018 vom Rat beschlossen werden kann. Damit wurde der am 10.05.2016 auf CDU/GRÜNE-Initiative vom Rat beschlossene Auftrag erfüllt. Die GRÜNEN möchten das Jahr 2018 mit einem genehmigten Haushalt beginnen. Dadurch würden alle, die Haushaltszuschüsse erhalten,

Planungssicherheit für 2018 bekommen. Der Entwurf umfasst einen Gesamtaufwand von 4,453 Mrd. Euro, dem ein Ertrag von 4,365 Mrd. Euro gegenübersteht. Das Defizit beträgt somit ca. 117 Mio. Euro (2017: 229 Mio. Euro).

„Der Entwurf zeichnet sich durch eine markante Reduzierung des Rücklagenverzehr aus. Sie beträgt nur 2,5%. Damit käme das schwarz-grüne Ratsbündnis seinem Ziel, ab dem Jahr 2023 auf eine Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage zur Deckung des defizitäreren Haushalts verzichten zu können, entscheidend näher. Der Entwurf profitiert maßgeblich von der positiven Einnahmeentwicklung bei den Steuern mit einem zu erwartenden Plus von 130 Mio. Euro in 2018. Die Haushaltssanierung wird fortgeführt, aber wir begrüßen die Aussage der Oberbürgermeisterin, keine schmerzhaften Einschnitte im Leistungsspektrum der Stadt vorzusehen.“, begrüßte [Jörg Frank](#), finanzpolitischer Sprecher der GRÜNEN, den Entwurf. Die politischen Haushaltsberatungen beginnen unmittelbar nach der Sommerpause.

Afghanistan ist nicht sicher. Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln

In Übereinstimmung mit der [Antrag](#) stellenden Piraten-Gruppe wurde der Antrag in die nächste Sitzung des Hauptausschusses verwiesen. Die demokratischen Kräfte im Rat verbinden damit das Ziel, sich auf eine gemeinsame Entschließung an die Landesregierung zu verständigen.



Kinderfreundliche Kommune

Der Rat billigte auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses einstimmig den Antrag „[Kinderfreundliche Kommune](#)“ zur Umsetzung der Kinder- und Jugendbeteiligung. Dieses ur-grüne Anliegen soll nun Fahrt aufnehmen, in dem konkrete Maßnahmen für die Entwicklung zur kinderfreundlichen Kommune auch umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche brauchen eine Anlaufstelle, wo sie in ihren Anliegen unterstützt werden: ein Jugendbüro, das auch eine Lotsenfunktion für die Anregungen der Jugendlichen in die Verwaltung haben soll. In jedem Stadtbezirk soll, unterstützt vom Jugendbüro und mit den Bezirksjugendpflegern, gemeinsam mit den Bezirksvertretungen, örtlichen Jugendhilfeträgern, Streetworkerinnen und Streetworkern, Schülerinnen- und Schülervvertretungen sowie

bestehenden Kinder- und Jugendforen eine zum Bezirk passende Beteiligungsstruktur entwickelt werden. Auch sollen die Jugendlichen ein Budget bekommen, damit sie Projekte eigenständig und unbürokratisch umsetzen können.

[Svenja Rabenstein](#), jugendpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Kölner Rat: „Mit dem heutigen Beschluss, der auf einem breit aufgestellten Antrag aller Demokraten basiert, wollen wir erreichen, dass Kinder und Jugendliche die Stadt mitgestalten, in all ihren Bereichen, also nicht nur im Kinder- und Jugendbereich, sondern z. B. auch bei der Verkehrspolitik oder der Stadtentwicklung. Heute haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen.“

Als Teile des grünen Wahlprogramms ist die Kinder- und Jugendbeteiligung sowohl im schwarz-grünen Kooperationsvertrag verankert als auch eines der Grünen Leitziele 2017. Bereits am 25.11.2013 hat Köln die Vereinbarung abgeschlossen, wonach sich die Stadt zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf lokaler Ebene bekennt. Köln wird die erste Millionenstadt, die sich mit dem Aktionsplan für die Umsetzung der Kinderrechte die Auszeichnung der kinderfreundlichen Stadt erarbeitet.

Förderung der E-Mobilität im ÖPNV



Der vom CDU-GRÜNE-Kooperationsbündnis mit Unterstützung von FDP und GUT eingebrachte [Antrag](#) wurde einstimmig vom Rat beschlossen.

Kürzlich feierte die KVB AG ihr 140-jähriges Jubiläum und hat damit eindrucksvoll bewiesen, wie lange in dieser Stadt schon E-Mobilität stattfindet. Seit einem guten Jahr fährt nun - auch mit Hilfe einer Landesförderung der rot-grünen Landesregierung - die erste Buslinie batterieelektrisch von der Innenstadt in den Kölner Süden. Mit der Linie 133 ist die KVB auch hier Vorreiterin und macht vor, dass E-Mobilität nicht nur im Privatbereich

funktionieren kann, sondern auch dort, wo sie viel mehr Menschen nutzen, nämlich beim öffentlichen Nahverkehr. Der beschlossene Antrag setzt folgende Ziele für Verwaltung und KVB:

1. Die am stärksten von Luftschadstoffen betroffenen Stadtteile sollen nun auch auf E-Bus-Linien umgestellt werden, denn der Einsatz von E-Bussen hilft nicht nur dem Klima, auch und gerade für die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner kann hier ein

großer Beitrag geleistet werden. Wenn, wie im Antrag beschrieben, der Strom für die E-Busse zu 100% aus erneuerbaren Energien stammt, bedeutet dies nicht nur weniger Abgase in der Stadt, sondern auch weniger Dreck in Niederaußem und der Region.

2. Es soll nun ein Zeit-Maßnahmen-Plan aufgestellt werden, der zugleich darlegt, in welchen Stadtbereichen durch E-Bus-Einsatz wie viele Menschen durch die CO₂-Einsparungen und die Minderbelastung durch NO_x und Feinstaub entlastet würden.
3. Es wird die Region mit ins Boot geholt. In den benachbarten Landkreisen hat der Regionalverkehr Köln (RVK) bereits diverse Pilotprojekte gestartet, die auf alternative Antriebe bei den Busflotten setzen, so auf Wasserstoff-Hybridbusse. Es ist nur folgerichtig, hier interkommunal zu kooperieren - nicht nur, um die EU-Fördermittel noch effizienter einsetzen zu können.

Landesrechtlichen Mieterschutz für Köln erhalten



Der ursprüngliche SPD-Antrag wurde durch einen [gemeinsamen Antrag](#) von SPD, GRÜNE und GUT ersetzt, der auch von den Piraten unterstützt würde.

[Jörg Frank](#) erläuterte für die grünen Ratsfraktion, dass es nun bitter notwendig sei, dem von der neuen CDU/FDP-Landes-Koalition geplanten radikalen Kahlschlag beim Mieterschutz die rote Karte zu zeigen und sie aufzufordern, von Maßnahmen, die einer wachsenden Stadt wie Köln sozial- und wohnungspolitisch

sehr schaden, abzusehen. Frank verwies auf die ablehnenden Stellungnahmen des Städtetags NRW und des Städte- und Gemeindebundes, die sich der Kölner Rat zu Eigen machen soll. Diesen Appell – insbesondere Kölner Interessen auch gegenüber der Landesregierung zu vertreten – richteten die GRÜNEN auch ausdrücklich an ihren kommunalen Bündnispartner CDU.

Der gefasste gegen die Stimmen von CDU, FDP, AfD und proKöln gefasste Ratsbeschluss unterstützt die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände und fordert die Landesregierung auf, diesen Irrweg aufzugeben. Die Kölner Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, die Interessen der Stadt Köln zu unterstützen und auf die Landesregierung entsprechend einzuwirken.

Linke -GAG stärken: „Mehr preisewerter Wohnraum für Köln ist machbar!“

Fraktionsvorsitzende **Kirsten Jahn** erklärte: „GAG stärken – das kann ich nur unterstützen. Und ich sage dies nicht nur als Grünen Vertreterin, sondern ich spreche für das Kooperationsbündnis. Auch stimme ich zu, dass das Kölner Wohnbündnis zwischen Stadt und der Wohnungswirtschaft zu begrüßen ist. Allerdings sind die Instrumente, die uns die Linke hier anbietet, dafür untauglich.“

Nach heftiger Kontroverse wurde der [Linke-Antrag](#) zusammen mit dem [SPD-Änderungsantrag](#) letztlich einstimmig in den Stadtentwicklungs- und Finanzausschuss verwiesen.

Klimapartnerschaft mit einer indigenen Gemeinde



Diese von GRÜNE, CDU und GUT eingebrachte [Initiative](#) billigte der Rat einstimmig.

Der Rat beauftragte die Verwaltung, in Kooperation mit dem Klima-Bündnis eine Klimapartnerschaft mit einer indigenen Gemeinde im Amazonasgebiet der Organisation FECONAU in Peru einzugehen. Die indigenen Völker im Amazonas behaupten zu Recht: „Wir sind Teil der Lösung beim Kampf gegen den Klimawandel. Dort, wo wir leben und wirtschaften, wird kein

Regenwald vernichtet.“

Bürgermeister [Andreas Wolter](#) (GRÜNE) erklärte zu diesem weiteren Klimabündnis, das die Stadt Köln nun zusätzlich zu Corinto (Nicaragua) und Rio de Janeiro (Brasilien) einget: „Das macht die Allianz zwischen europäischen Städten und den indigenen Völkern so interessant. Indem wir die indigenen Gemeinden bei ihrer kommunalen Daseinsvorsorge unterstützen, stärken wir aktiv den Klimaschutz. Wir reden hier über eine kleine Geste mit großer Wirkung!“

Grüne Pressemitteilung: [Rat einstimmig für neue Klimapartnerschaft mit Indigenen im Amazonasgebiet](#)

Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung



Dass nun die SPD-Fraktion den kommunalen Klimaschutz als Thema entdeckt, stieß nicht nur bei den GRÜNEN auf ungläubiges Staunen. Selbst die FDP möchte nun mitmischen. Nicht zuletzt an den Kontroversen über wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen ist das rot-grüne Ratsbündnis gescheitert. Daran erinnerte der grüne umweltpolitische Sprecher [Gerd Brust](#). Immerhin liegen seitens der Verwaltung seit der vorherigen Wahlperiode ein Klimaschutz- und ein Klimawandel-Gutachten für Köln vor. Gerd Brust erläuterte, dass die Verwaltung trotz der früheren SPD-Blockade zahlreiche der geforderten Maßnahmen bereits umsetze, wie die Mitteilungen im Umweltausschuss belegen. Er schlug eine Verweisung des [Antrags](#) in die Ausschüsse Umwelt und Stadtentwicklung vor, um dann konkret zu beraten, welche Maßnahmen noch eines Auftrags bedürfen und welche bereits in Umsetzung sind. Dies gelte auch für die Änderungsanträge von [Linke](#) und [FDP](#). Nach kurzer Diskussion wurden alle Anträge in die nächste Ratssitzung verlegt.

Stärkung der Bezirksvertretungen durch geänderte Zuständigkeitsordnung

Einstimmig hat der Rat Änderungen der Zuständigkeitsordnung zwecks [Stärkung der BV-Kompetenzen](#) beschlossen. Der von Oberbürgermeisterin Reker einberufenen und geleiteten Kommission ist es gelungen, einen Konsens-Vorschlag für die Stärkung der Bezirksvertretungen vorzulegen. Der Kommission gehörten Fachleute des OB-Dezernats, die Fraktionsgeschäftsführer der demokratischen Ratsfraktionen, drei Bezirksbürgermeister und von jeder Fraktion entsandte Bezirksvertreterinnen und -vertreter an. Mit der geänderten Zuständigkeitsordnung wurde auf Anregung der BV Chorweiler auch festgelegt, nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Änderung der Zuständigkeitsordnung vorzulegen. Dabei sollen u. a. folgende Faktoren Berücksichtigung finden: zusätzlicher Verwaltungsaufwand, zeitliche Verzögerung von Entscheidungen, Entwicklung der Sitzungen der Bezirksvertretungen im Hinblick auf Dauer und Anzahl der behandelten Vorlagen.

Mit diesem Ratsbeschluss hat das schwarz-grüne Ratsbündnis zugleich eines seiner Zielsetzungen erreicht, nämlich die Rolle der Bezirksvertretungen für bezirksbezogene Aufgaben zu stärken.

MiQua - Nachtragskostenberechnung



Nach quälenden Diskussionen mit dem zuständigen Kulturdezernat unter Leitung von Frau Laugwitz-Aulbach billigte der Rat nun die [Kostenerhöhung](#).

Die grüne Ratsfraktion stimmte trotz massiver Kritik am intransparenten Planungsprozess aus politischer Verantwortung für das wichtige Vorhaben „MiQua“ zu. Die grüne Ratsfraktion

hatte seinerzeit dieses Projekt zusammen mit SPD und FDP gegen große Widerstände konservativer Kreise auf den Weg gebracht. Die auf wenig Freude stoßende Aufwandserhöhung von 15,42 Mio. Euro € resultiert maßgeblich aus einem geänderten Sicherheitskonzept. Zur Fortsetzung des Projekts wurden für 2017 nun überplanmäßige Ausgaben von insgesamt 5 Mio. Euro € mit breiter Mehrheit beschlossen. FWK, proKöln und AfD stimmten dagegen.

Die grüne kulturpolitische Sprecherin [Brigitta von Bülow](#) erklärte: „Wir werden den weiteren Prozess kritisch und sehr aufmerksam begleiten.“

Kombinierter Planungs- und Baubeschluss zur Nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs

Bekanntlich wurde die Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg auf einer ehemaligen Altdeponie gebaut. Dies geht auf einen Ratsbeschluss aus dem Jahr 2005 zurück. Im Juni 2015 wurde bekannt, dass Teile des Fundamentes der Hubschrauberbasisstation um bis zu 7 cm abgesackt sind. Der Rat hat daraufhin im Dezember 2015 einen Baustopp bis auf Widerruf für die Rettungshubschrauberstation beschlossen. Zugleich beauftragte er die Verwaltung, mögliche Standortalternativen vergleichend zu untersuchen und den zuständigen Ratsgremien vorzulegen. Dies ist bislang nur rudimentär geschehen, aus diesem Grund beauftragten nun CDU und GRÜNE die Verwaltung, eine komplette [synoptische Darstellung eines Vergleichs möglicher Alternativstandorte](#) bis zur Sitzung des Rates im Dezember 2017 vorzulegen. Dieser Antrag fand schließlich bei Enthaltung der Linken, GUT, Piraten und FWK eine breite Mehrheit. Stadtdirektor Dr. Keller (CDU) erklärte in der Ratssitzung, dass er die vergleichende Untersuchung von Alternativstandorten bereits vor der Herbstpause vorlegen möchte.

Ausweitung des Platzangebots für von Gewalt betroffene Frauen



Endlich konnte der Rat nun die Vorlage für den [Neubau des ersten autonomen Frauenhauses mit einem erweiterten Platzangebot](#) beschließen. Das Haus verfügt über eine barrierefreie Wohnung und bietet erstmals die Möglichkeit zur

Aufnahme von Frauen mit einem Sohn über 12 Jahre. Damit wurden die von der grünen Ratsfraktion vorgeschlagenen Zielsetzungen für eine Angebotsausweitung berücksichtigt. Zudem werden insgesamt zwei Personalstellen zugesetzt.

Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung

Die Beschlussvorlage zu [„Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung“](#) wurde nun endlich bei Enthaltung der Linken und gegen die Rechtsextremisten (AfD, proKöln) vom Rat mit den sinnvollen Änderungen des Integrationsrats beschlossen. Damit wird nun insbesondere das ehrenamtliche Engagement vieler Initiativen konkret gestärkt und der Betreuungsschlüssel in den Unterkünften verbessert. „Wir freuen uns, dass nun auch der Weg für die personelle und finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bereitet ist.“, erklärte [Marion Heuser](#), sozialpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion.

Standortentscheidung Frischezentrum



Bereits 2007 hatte der Rat mit grüner Unterstützung entschieden, den Großmarkt in das Gewerbegebiet Marsdorf zu verlagern. Unter den damals zur Auswahl stehenden Alternativen erwies sich Marsdorf als am besten geeignet. GRÜNE und SPD lehnten damals die Verlagerung in ein Landschaftsschutzgebiet in Lindweiler ab, das insbesondere von

der FDP befürwortet wurde. Die vom Rat am 15. März 2016 beauftragte Prüfung von möglichen Standorten in der linksrheinischen Region blieb erfolglos. Entweder eigneten sich die die Standorte nicht oder die angesprochenen Kommunen lehnten eine Ansiedlung ab. Bereits im Ratsbeschluss vom 15.3.2016 hieß es: „Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis seiner gefassten Beschlüsse die Planung zur Errichtung eines Frischemarkts in Köln-Marsdorf weiter vorzubereiten.“ Dieser von SPD, CDU, GRÜNE und Linke gefasste Beschluss wurde nun bestätigt. Dieselbe Mehrheit entschied nun: „... den Großmarkt von Raderberg nach Marsdorf zu verlagern. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für Marsdorf fortzusetzen mit dem Ziel, dass bis spätestens 2020 das erforderliche Planungs- und Baurecht für die Erstellung des Frischezentrums geschaffen wird.“

Zugleich wurden die Arbeitsaufträge aus dem Ratsbeschluss vom März 2016, nämlich eine konzeptionelle Planung einschließlich Kostenkalkulation und ein Betriebskonzept zusammen mit den Großmarkt-Akteuren zu entwickeln, ausdrücklich bestätigt. Eine breite Ratsmehrheit folgte damit der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses. Dort hatten CDU und GRÜNE einen [Zusatzantrag](#) eingebracht, um die weiteren Schritte zu präzisieren und „die Vorschläge der IG Kölner Großmarkt e. V. zur zukünftigen Betriebsform und zur Überprüfung des tatsächlichen Flächenbedarfs aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen, in den weiteren Prozess einzubeziehen.“

Vorlage: [Standortentscheidung Frischezentrum](#)

Planungsbeschluss zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums



Das nun offen zu Tage getretene Planungsdesaster zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums (RGM) hat letztlich das Fass zum Überlaufen gebracht. Obwohl bereits am 14.07.2011 der Rat die Verwaltung mit der Sanierung beauftragt hatte, schlägt die Verwaltung erst jetzt eine Generalsanierung vor, die dazu führen würde, dass eines der am stärksten besuchten Museen über 6 Jahre geschlossen würde.

Dies wollte keine demokratische Fraktion hinnehmen. Aufgrund der massiven Häufung von Managementversagen beabsichtigen

CDU, GRÜNE und FDP die amtierende Kulturdezernentin von ihren Aufgaben zu entbinden. Wenige Tage vor der Ratssitzung wurde die SPD-Fraktion aufgefordert, ebenfalls Verantwortung für die damals gemeinsam gewählte Beigeordnete zu übernehmen und einen Abwahantrag zu unterstützen. Für die Abwahl wäre eine 2/3-Mehrheit im Rat erforderlich. Das schwarz-grüne Bündnis beantragte zusammen mit der FDP, die komplette Sanierung – Planung und Durchführung – per Ausschreibung in die Hand eines externen Dienstleisters zu geben, um so auch die viel zu lange Schließung von 6 Jahren zu reduzieren. Außerdem sollte das RGM bis zur Aufnahme der Bautätigkeit zumindest teilweise geöffnet bleiben, so z.B. die Besichtigung des Dionysos-Mosaiks. Der Rat hatte bereits am 18.05.2017 ein Interim in der Immobilie Haus Sauer an der Minoritenstraße beschlossen, deren Realisierung aber noch nicht in trockenen Tüchern ist.

Die Aussage des Kulturdezernats, dass dieser Vorschlag faktisch nicht umsetzbar sei, führte zum Eklat. Die Oberbürgermeisterin musste die Sitzung unterbrechen. Danach erklärte sie, noch im Laufe der Sitzung eine geänderte Beschlussvorlage vorzulegen, in der die Vorschläge der Antragsteller angemessene Berücksichtigung finden sollen.

Die SPD-Fraktion hatte beantragt, die Zuständigkeit für Kulturbauten vom Kultur- auf das Planungsdezernat (VI) zu übertragen, kam aber mit ihrer Idee eine Woche zu spät. Denn Oberbürgermeisterin Reker hatte bereits am 3. Juli öffentlich angekündigt, die Zuständigkeit für Kulturbauten an die Gebäudewirtschaft zu geben.

Der von Oberbürgermeisterin Reker veranlasste [Neufassung der Beschlussvorlage](#) stimmen schließlich CDU, GRÜNE und FDP zu. Der Beschluss beinhaltet die kurzfristige vergleichende Prüfung von Totalunternehmer- und Generalunternehmervergabe und folgt damit dem Grundsatzvorschlag der Antragsteller.

[Änderungsantrag CDU, GRÜNE ,FDP und der Gruppe GUT](#)

Grüne Pressemitteilung „GRÜNE befürworten Abwahl“**Erweiterungsbau Wallraf-Richartz- Museum**

Wie bereits bei der -Sanierung des Römisch-Germanischen Museums (vgl. TOP 10.32) entbrannte auch hier eine heftige Kontroverse. Das ursprünglich im Jahr 2012 von Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) eingebrachte Verfahren eines „Investorenwettbewerbs“ hatte sich als vergaberechtlich nicht tragfähig erwiesen. Klagen gegen die Kopplung von Architekten- und Investorenwettbewerb verzögerten das Projekt erheblich. Die Umsetzung soll nun „in eigener Bauherrenschaft unter größtmöglicher Inanspruchnahme privater Planungs- und Bauleistungen“ realisiert werden. Dieser Ausstieg aus dem Verfahren war überfällig und wurde zusammen mit der Neuorientierung auf einen externen Komplettdienstleister von CDU und GRÜNE, FDP und GUT unterstützt.

Auch diese vom Kulturdezernat (VII) verantwortete Vorlage zeichnete sich wieder durch Schlampigkeit aus. Zu Irritationen und Kontroversen führten vor allem die Feststellungen über die Verwendung des restlichen Teils des städtischen Grundstücks (Blockrandbebauung). Schon seit längerem zeichnet sich ab, dass die Verwaltung am Standort des Historischen Rathauses mehr Büros für Verwaltungsabteilungen und auch einen modernen Mehrzwecksaal benötigt, zumal die Säle im spanischen Bau und Historischen Rathaus ständig überbucht sind und wegen Berücksichtigung des Denkmalschutzes weitgehend nicht mehr den heute erwarteten multimedialen Anforderungen entsprechen können. Stattdessen war in der Vorlage von zusätzlichen Fraktions- und Repräsentationsräumen die Rede. Dies brachte die Redner*innen aller demokratischen Fraktionen auf die Palme.

Die grüne Ratsfraktion beantragte eine Sitzungsunterbrechung zur Klärung. Schließlich schlug Oberbürgermeisterin Reker eine Ergänzung der Beschlussvorlage vor, wonach die Verwaltung in Kürze eine Raumplanung für den Verwaltungsteil des Gebäudekomplexes zur Entscheidung vorlegen wird. Die so ergänzte [Vorlage](#) fand mit den Stimmen von CDU, GRÜNE, FDP und GUT eine Mehrheit. SPD, Linke, FWK und Piraten lehnten die Vorlage ab.

Erweiterung der Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof

Am Hauptbahnhof existieren bereits neben einem Drogenkonsumraum auch ein Kontaktladen, eine Notschlafstelle sowie weitere Hilfsangebote für Drogenabhängige. Für die GRÜNEN ist die Einrichtung eines weiteren Drogenkonsumraums am Neumarkt unverzichtbar und längst überfällig. Die grüne Fraktion drängt darauf, dass er zügig eingerichtet wird. Darüber hinaus sind aber weitere Hilfsangebote in der nördlichen Innenstadt notwendig. Die würde auch den bestehenden Druck vom Neumarkt abmildern. Daher soll das Angebot durch [geänderte Öffnungszeiten am Hauptbahnhof](#) erweitert werden. Statt wie bislang nur an zwei, wird nun an allen Wochentagen nachmittags geöffnet sein sowie am Wochenende vormittags. Dies gilt erst einmal bis zum 31.12.2017. Danach wird der Rat über die Fortsetzung entscheiden. Die grüne Ratsfraktion begrüßt diesen Vorschlag, den der Rat nun mehrheitlich beschlossen hat.

Zur Ausweitung des Angebots in der linksrheinischen Innenstadt und im Rechtsrheinischen wird die grüne Ratsfraktion Vorschläge machen. Bereits letztes Jahr hat der Rat die Verwaltung beauftragt, Drogenkonsumräume in den Stadtbezirken Kalk und Mülheim zu prüfen.

Neue Grüne sachkundige Einwohnerin

Der Rat wählte auf [Vorschlag der grüne Ratsfraktion](#) Frau *Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz* als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt und Grün und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft

[Komplette Tagesordnung der Sitzung Rat incl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln
Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de
www.gruenekoeln.de
V.i.S.P.: Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer